



Der Krieg nach dem Krieg

Am 31. April 2003 erklärte US-Präsident George W. Bush das Ende der Hauptkampfhandlungen gegen den Irak – jedoch nicht das Ende des Krieges. Zwar geschah das nicht aus taktischem, sondern politischem Kalkül. Doch es muss ihn überrascht haben, wie Recht er damit hatte.

Es herrscht eine paradoxe Situation im Irak. Der Krieg ist „eigentlich“ zu Ende, das Diktatorregime wurde abgesetzt, Saddam Hussein gefangenommen, die irakische Armee aufgelöst. Mit Übergabe der Souveränität an die irakische Übergangsregierung am 28. Juni 2004 endete sogar offiziell die amerikanische Besatzung des Landes – und doch sterben täglich Menschen im Irak einen gewaltsamen Tod. Anschläge, die vor allem Einrichtungen und Personen der amerikanischen Besatzungsmacht oder deren Unterstützern – aber auch Zivilisten – gelten, fordern Hunderte von Menschenleben. Ein Ende der Attentate ist nicht in Sicht. Für Iziz Alkazaz, Irak-Experte am Deutschen Orient-Institut, ist das nicht weiter verwunderlich. „Ich neige dazu zu sagen, dass das, was man die heiße Phase des Krieges nennt, nicht der wahre Krieg war.“ Denn bei der Eroberung des Irak handelte es sich um einen Krieg einer Supermacht gegen ein Dritte-Welt-Land. Die technisch unterlegene Kriegspartei greift dabei früher oder später zu Guerillataktiken, zum Beispiel Bombenattentaten. Somit hätte für die westliche Koalition der Krieg mit der Besetzung des Iraks erst richtig begonnen. (Nach internationalem Recht hat es sich allerdings nicht um einen Krieg gehandelt, da keine offizielle Kriegserklärung vorlag. Der Irak-Krieg ist also ein bewaffneter Konflikt gewesen, für den jedoch ebenfalls die Genfer Konvention gilt.)

Dass sich die Attentate auch gegen die Übergangsregierung richten, die aus



Anti-Kriegsdemo von Greenpeace

dem Irak einen demokratischen und freien Staat machen soll, ist nur auf den ersten Blick ein Widerspruch. Denn die wahre Macht, das ist schon länger klar, werden die Amerikaner nicht aus der Hand geben. Laut Frankfurter Rundschau wird das Personal der amerikanischen Botschaft allein 1000 amerikanische Mitarbeiter betragen – oder, wie es die Zeitung ausdrückt: Die amerikanische Zivilverwaltung erhält nur ein „neues Firmenschild“. Die USA behalten weiterhin ihren Einfluss auf die Gesetzgebung und auf die Verwendung der Petrodollars. Andersherum entziehen sich die Koalitionstruppen dem Einfluss der irakischen Regierung. Rund 150.000 US-Soldaten bleiben im Irak. Ihr genauer Aufgabenbereich ist bisher noch

nicht klar, doch die irakische Regierung hat keine Kontrolle über deren Einsätze. Dass allerdings die irakischen Sicherheitskräfte allein die Situation im Land kontrollieren könnten, darf wohl bezweifelt werden. Denn noch ist nicht gesagt, dass mit offiziellem Ende der Besatzung auch die Zahl der Anschläge zurückgehen wird.

Skepsis gegenüber der neuen Freiheit

Seit Anfang des Krieges besteht der Verdacht, dass die USA mit der Besetzung des Iraks lediglich ihre eigenen geostrategischen Ziele verfolgen – Kontrolle der Ölvorkommen des Landes. Militärstützpunkte im Nahen Osten. Die Iraker beobachten die Übergangsregierung daher mit großem Misstrauen. „Das Verhalten der Besatzungsmacht hat diejenigen, die mit ihr zusammenarbeiten, diskreditiert“, sagt Alkazaz. Die neuen politischen Institutionen im Irak werden als Marionetten der USA gesehen. Laut Umfragen glauben nur zwei Prozent der irakischen Bevölkerung, dass die USA die Souveränität wirklich dem Irak überlassen. „Die ersten Prioritäten für die Iraker sind Sicherheit, Frieden und Unabhängigkeit des Landes“, erklärt Alkazaz. Ein wirklich unabhängiger Irak aber scheint nicht in den Planungen des Weißen Hauses vorgesehen zu sein. Was hilft unter diesen Bedingungen das Versprechen freier Wahlen?

Zudem blieb zur Überraschung vieler westlicher Beobachter der erwartete Jubel nach der Festnahme Saddam Husseins aus. Hatte man sich von der

schon lange die These vertreten, dass die arabischen Staatsoberhäupter bei der Bevölkerung beliebter waren, als wir uns das immer vorgestellt haben“, sagt Dr. Sonja Hegasy, Islamwissenschaftlerin am Zentrum Moderner Orient. Sie verweist auf die positive Industrialisierungsrate des Iraks in den 80-er Jahren und auf Ausbildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, deren Modernität oft unterschätzt wird. Das macht zwar nicht die Gräueltaten gegen kurdische und schiitische Bevölkerungsgruppen ungeschehen. Doch es hilft nicht, die andere Seite des Irak unter Saddam Hussein zu ignorieren, will man die Situation des Landes und der Bevölkerung beurteilen.

Todesstrafe für Saddam Hussein?

Was also tun mit Saddam Hussein? Seine Ergreifung wurde lange herbeigesehnt, eine Verurteilung vor einem ordentlichen Gericht gilt als eine Grundbedingung zur Befreiung und Demokratisierung des Irak. Doch wie würde die irakische Bevölkerung auf einen solchen Prozess, initiiert von den verhassten Amerikanern, reagieren, wenn er tatsächlich beliebter ist, als der Westen es wahrhaben will? Alkazaz sieht ein weiteres Dilemma für den Westen: Hätte man den Diktator vor ein internationales Gericht gestellt, hätten auch Vertreter westlicher Regierungen glaubhaft nachweisen müssen, nichts von den Menschenrechtsverletzungen im Irak gewusst zu haben, als sie das Regime tatkräftig unterstützten und aufrüsteten. Nun wird Saddam Hussein im Irak der Prozess gemacht, was jedoch sicherheitspolitische Risiken birgt. Zudem wird die Beweislage gegen den Ex-Diktator immer dünner. Weder wurden die oft beschworenen Massenvernichtungswaffen gefunden, noch konnte eine Verbindung zwischen Saddam Hussein und dem Terrornetzwerk El-Kaida nachgewiesen werden. Diese Vorwürfe waren die Hauptgründe für die Invasion des Irak.

Zudem steht über dem Prozess die Frage: Wird der Diktator zum Tode verurteilt werden? Die von der amerikanischen



Ein GI kontrolliert Irakerinnen

Zivilverwaltung abgeschaffte Todesstrafe wurde durch das irakische Kabinett wieder eingeführt. Internationales Recht, wie zum Beispiel die Genfer Konvention, verbietet sie nicht. Mit dieser Entscheidung hat sie die irakische Justiz allerdings in eine schwierige Situation manövriert. Aus verschiedenen (politischen oder sicherheitsrelevanten) Motiven könnte sie im Falle eines Schuldspruchs von einem Todesurteil absehen. Doch wer, wenn nicht Saddam Hussein, sollte dann jemals zur „ultimativen Strafe“ verurteilt werden? Wird er jedoch zum Tode verurteilt, haftet dem Urteil der Makel der Siegerjustiz an. Denn Bush höchstpersönlich hatte bereits medienwirksam die Todesstrafe für Saddam Hussein gefordert. Mit einem Todesurteil würde die irakische Justiz einen Märtyrer schaffen, meint Alkazaz und fügt hinzu: „Man darf nicht vergessen: Das sind Völker mit einem historischen Gedächtnis, das Jahrhunderte andauert.“ Ob unter diesen Bedingungen jemals Ruhe in den Irak kehren könnte, bleibt offen.

All das lässt nicht auf eine Ende der Gewalt im Irak hoffen. Denn die irakische Bevölkerung ist zwar von Saddam Husseins Herrschaft befreit worden. Frei ist sie jedoch nicht. Die Übergangsregierung betrachten viele Iraker als verlängerten Arm der USA und damit als unrechtmäßig, wie Alkazaz betont. Mit den Bildern gefolterter Gefangener haben die Besatzungstruppen beziehungsweise amerikanischen Institutionen im Irak ihren letzten Kredit verspielt. Wenn die USA sich jedoch weiterhin über internationales Recht stellen, die Bedürfnisse der irakischen Bevölkerung missachten und das Land unverhohlen als ihre Einflussphäre und Ölquelle betrachten, werden nicht nur die Anschläge nicht aufhören. Immer mehr Iraker werden diese gutheißen oder sogar unterstützen. Den Krieg nach dem Krieg hätten die USA dann verloren – wahrscheinlich nicht nur im Irak, sondern in der gesamten Region. □ Andreas Hartmann

Markt in Bagdad

